



Stadtzeitung der MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Stuttgart/Sindelfingen

## Erklärung der MLPD Stuttgart/Sindelfingen zur Oberbürgermeisterwahl in dramatischen Zeiten

### 1. Die Region Stuttgart steht vor einschneidenden Umbrüchen in dieser allseitig krisenhaften Entwicklung.

Die Bevölkerung ist wie nie herausgefordert sich zusammenzuschließen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihrem Rücken.

Die Region ist ein Welt-Zentrum der von Überproduktions- und Strukturkrisen geschüttelten Automobilproduktion. Der Daimler-Vorstand will zur Verwirklichung seiner Weltmarktführer-Ambition im Premiumbereich die Personalkosten im Konzern um 20% senken und allein im Werk Untertürkheim 4000 Arbeitsplätze vernichten. Das ist eine Kriegserklärung an die Belegschaft und die ganze Region. Schon jetzt grassiert bei fast allen Autozulieferern der Arbeitsplatz-Abbau bis hin zu Werkschließungen. Die Folgen der Daimler-Pläne auch für Handwerk und Handel sind unabsehbar. Ebenso die Folgen für die Kommune bei weiter wegbrechenden Steuereinnahmen. Aber die Abbaupläne lassen die Daimler-Aktie steigen und die Aktionäre freuen sich zudem über gestiegenen Absatz vor allem in China. Das ist Kapitalismus. Für die Beschäftigten und die ganze Region braucht es dagegen den konzernweiten Kampf bis die Pläne zur Arbeitsplatzvernichtung vom Tisch sind. Das müssten auch Gemeinderat und Oberbürgermeister unterstützen. Doch der Wahlkampf der OB-Kandidaten setzt sich mit diesen Entwicklungen kaum auseinander. Dabei geben gerade die Autokonzerne zweifellos den Takt auch für die Politik im Rathaus vor. Ein Dienstleister für die großen Konzerne sein ist für die meisten OB-Kandidaten selbstverständlich. Bei den regierenden Grünen Kretschmann und Kuhn bekommt das schon fast peinliche Züge.

Zurecht bekommt der aus dem Amt scheidende „grüne“ Kuhn vor allem für seine Umweltpolitik ein miserables Zeugnis.

### 2. Für die MLPD ist der Kampf um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Kampf um die Rettung der Umwelt vor der Profitwirtschaft eine Einheit.

Wir fordern deswegen die Ersetzung aller fossil betriebenen Verkehrsmittel durch Verkehrsmittel mit Antriebstechnologien auf der Grundlage erneuerbarer Energien und ein Produktionsende von Verbrennungsmotoren bis spätestens 2030. Die Grundlage für die Umstellung auf E-Mobilität, Brennstoffzellen- oder Wasserstoff-Verbrennungstechnik müssen 100 Prozent regenerative Energien sein. Die Mobilität der Zukunft im Einklang mit der Rettung der Umwelt und der Schaffung gesunder Lebensverhältnisse braucht umfassende, heute auf höchstem Stand der Technik mögliche Veränderungen der Verkehrssysteme. Dazu haben die Automobil-Beschäftigten die Fähigkeit und das kann Millionen Arbeitsplätze schaffen. Das erfordert auch den Kampf um Forderungen wie sie Rockenbauch von SÖS aufstellt, einschließlich des Umstiegs von S21. Für alle diese konkreten umweltpolitischen Fortschritte lohnt es sich zu kämpfen. Und angesichts der heutigen Möglichkeiten und des wachsenden Umweltbewusstseins der Massen lassen sich konkrete Verbesserungen auf Kosten der Monopolprofite auch durchsetzen. Grundsätzlich aber ist eine Verkehrspolitik in Einheit von Mensch und Natur mit dem Kapitalismus nicht vereinbar. Da darf man keine Illusionen machen. Auf Gedeih und Verderb zerstört die vom Zwang zum Maximalprofit getriebene kapitalistische Produktionsweise die Lebens-

grundlagen der Menschheit. Konsequenter Umweltkampf ist gesellschaftsverändernder Kampf! Immer muss gefragt werden: Gegen welche Interessen müssen wir uns durchsetzen. Das vermissen wir bei Hannes Rockenbauch.

### 3. Das gilt auch auch für die brennende Frage der bezahlbaren Mieten.

Für den Kapitalismus gilt: „Von der Wiege bis zur Bahre, alles und alle sind hier Ware!“ Das lässt sich auch durch den notwendigen Kampf für bezahlbare Mieten nicht außer Kraft setzen. Das System der Vonovia und Co. kann schlussendlich erst gestoppt werden, wenn die Profiwirtschaft als Ganzes revolutionär überwunden wird.

### 4 Stuttgart ist mit den Nato-Kommandozentralen in Vaihingen Drehscheibe in der Befeuerung internationaler Kriegsrandherde.

Umso berechtigter ist die Forderung Flüchtlinge willkommen zu heißen. Das muss aber auch damit verbunden werden die elenden Unterkünfte hier aufzulösen und die Arbeitsverbote abzuschaffen.

### 5. Bei diesen OB-Wahlen rufen wir zur kritischen Unterstützung von Hannes Rockenbauch auf.

Er vertritt wesentliche Forderungen zu einer fortschrittlichen Umwelt- und Sozialpolitik. Der Zusammenschluss aller fortschrittlichen Kräfte ist dringend geboten. Jedoch nur dann kann die notwendige Kraft gegen die Abwälzung der Krisenlasten und die Rechtsentwicklung entstehen, wenn keine Illusionen gemacht werden in eine unabhängige Stadtverwaltung oder die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten eines Oberbürgermeisters. Denn nur wenn es Widerstandsbewegungen und Kämpfe gibt, können Repräsentanten der Bewegungen im Stadtparlament diese Kämpfe unterstützen und damit dazu beitragen, dass sie breite Unterstützung bekommen.

Das setzt auch einen richtigen Begriff von Überparteilichkeit voraus. Überparteilich heißt, dass auf antifaschistischer Grundlage alle Parteien, Organisationen und Einzelpersonen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Antikommunistische Ausgrenzung schadet. Sie gehört in die Mottenkiste der Geschichte.

**Macht mit in der Bewegung: Gib Antikommunismus, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus keine Chance!**

**Stärkt das Internationalistische Bündnis!**

**Stärkt die MLPD!**

# Corona-Pandemie: Konsequenter Gesundheitsschutz muss Vorrang haben!

Wie zu erwarten hat die zweite Welle der Corona-Pandemie mit dem Herbst begonnen. Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brandbeschleuniger für alle gesellschaftlichen Probleme und Krisen. Sie bestimmt allseitig das gesellschaftliche Leben und höchste Anstrengungen der unkontrollierten Ausbreitung entgegenzuwirken sind notwendig. Jetzt wird, ausgehend von den Unternehmerverbänden, alles dem Ziel untergeordnet die Betriebe am Laufen zu halten. Dafür sind sie sogar oft bereit Testungen zu vermeiden und Erkrankungen zu vertuschen. Gleichzeitig schränken sie unter dem Vorwand Corona die Bewegungsfreiheit in den Betrieben unberechtigt ein und behindern damit auch die notwendige gewerkschaftliche Arbeit.

**Doch die Gesundheit ist wichtiger als Stückzahlen.**

Kolleginnen und Kollegen schlagen deshalb vor folgende Forderungen in den Betrieben zu diskutieren und durchzusetzen:

**\*Entkoppelung der Schichten auf Kosten der Unternehmer!**

**\*Verlängerung der Pausen, genügend Zeit zum Händewaschen und Desinfizieren!**

**\*Regelmäßiges Lüften der Pausenräume bzw. Installation von entsprechenden Belüftungsgeräten!**

**\*Notwendiger Gesundheitsschutz Ja - Einschränkung der gewerkschaftlichen Arbeit mit dem Vorwand Corona - Nein!**

In besonderer Weise sind auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die Kinder und die Jugend betroffen. Was wurde wirklich im letzten halben Jahr zum dringenden Ausbau der Krankenhäuser, Schulen, Kitas getan. Was wurde in die Gesundheitsämter und die Ausstattung der Schulen nach Corona-Maßstab investiert?

Skandalös weisen führende Grüne die berechtigten Forderungen von Ver.di mit dem Argument „Corona-Krise“ zurück.

Um die Pandemie machen die OB-Kandidaten einen Bogen. Das macht es Querdenken711 mit Ballweg leicht. Bald täglich inszeniert er mit seinen

Anhängern sein absurdes Theater mit gemeingefährlichen Zügen. Und das ist sowohl gesundheitspolitisch, wie politisch zu verstehen. Leute wie Ballweg nehmen demagogisch die berechtigte Kritik an der bürgerlichen Gesundheitspolitik und am Abbau der demokratischen Rechte auf. Es ist viel von Liebe und gegen Spaltung die Rede. Aber mit der Linie „Keine Spaltung in Links und Rechts!“ bereiten sie den Boden für faschistoide Kräfte wie die AfD bis hin zu offenen Faschisten.

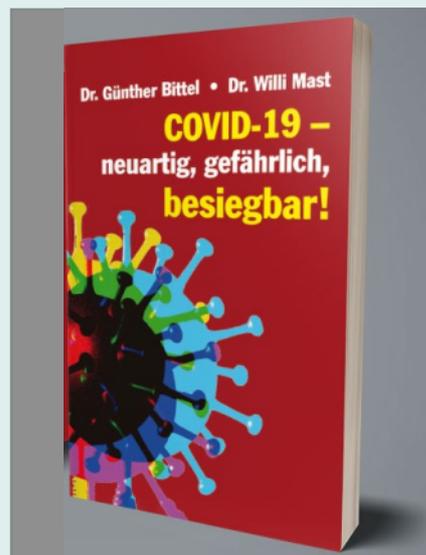
**Kritik an der kapitalistischen Gesundheitspolitik muss links sein.**

## Buchvorstellung mit Dr. Günther Bittel

Sonntag 8. November  
11.00 Uhr  
Arbeiterbildungszentrum  
Bruckwiesenweg 10  
Stuttgart Untertürkheim

Eintritt 4,00 €/2,00€

Anmeldung ist notwendig  
Tel. 0711 3360703  
absued@t-online.de



## MACH MIT!

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte:

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Mitglied in der MLPD werden | <input type="checkbox"/> den REVOLUTIONÄREN WEG abonnieren |
| <input type="checkbox"/> ein persönliches Gespräch   | <input type="checkbox"/> ein Rote-Fahne-Abo                |
| <input type="checkbox"/> Dauerspender werden         | <input type="checkbox"/> ein Probeabo der Roten Fahne      |

## Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands

Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart  
Tel.: 0711-2361350,  
e-mail: stuttgart@mlpd.de  
www.mlpd-stuttgart.de